

Alter, Rolf G.

Article — Digitized Version

Rückkehr zur alten Wechselkurspolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Alter, Rolf G. (1987) : Rückkehr zur alten Wechselkurspolitik?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 5, pp. 256-260

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136278>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hieraus kann folgende Lehre gezogen werden: Als „gerecht“ sollte die wirtschaftspolitische Koordinierung nicht eine mehr oder weniger a priori bestimmte Einkommensverteilung ansehen, sondern eine Verteilung, die der bisherigen und absehbaren Entwicklung der Produktionsfaktoren gerecht wird. Benötigen wir z. B. schneller steigende Investitionen, weil wir in erheblichem Umfang Arbeitslose akkumuliert haben, die bei vorhandenem Kapitalstock keine Arbeitsplätze mehr finden, oder weil der Kapitalstock überaltert ist und/oder einer neuen Nachfragestruktur angepaßt werden muß oder weil mit einer steigenden Erwerbspersonenzahl zu rechnen ist, so muß die Rentabilität des Kapitals steigen; im Laufe dieser Entwicklung muß eine steigende Gewinn/Lohn-Relation akzeptiert werden.

Um nicht einen deflatorischen Zirkel zu begünstigen, sollte dieser Prozeß freilich in eine umfassende Konzeption eingebettet werden, die Nachfrage- und Angebotsgesichtspunkte zugleich ausreichend berücksichtigt. Die von der Kommission konzipierte kooperative Wachstumsstrategie entspricht solchen Kriterien.

Anläßlich seiner Rede über die Einheitliche Europäische Akte vor dem Europäischen Parlament hat Präsident Delors unterstrichen, wie wichtig es ist, auf dem Wege der Koordinierung fortzuschreiten. „Wir werden auf dem Wege zum internen Markt weitere Fortschritte machen . . .“, „ . . . gerade beenden wir eine erste Etappe des EWS. Gemeinsam wurden in den am EWS beteiligten Ländern eine sehr niedrige Inflation, die monetäre Stabilität und die budgetäre Vernunft erreicht. Während dieser Phase, das sei hier nochmals unterstrichen, hat das EWS eine sehr positive Rolle gespielt. Es hat die meisten Länder auf den Tugendpfad der Verweigerung von Inflation und Ungleichgewichten zurückgeführt. Jetzt muß das EWS zum Herzstück eines Wirtschaftsblocks gemacht werden, in dem mehr Wachstum, mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Beschäftigung verwirklicht werden. Die spektakulären Erfolge der Liberalisierung des Kapitalverkehrs lassen uns in der Gemeinschaft nur eine Wahl: Wir müssen weiter vorwärtsschreiten und die wirtschaftliche und währungspolitische Konzertierung vergrößern.“¹²

¹² Rede von Präsident Delors vor dem Europäischen Parlament, a.a.O., S. 121.

WÄHRUNGSPOLITIK

Rückkehr zur alten Wechselkurspolitik?

Rolf Alter, Bonn

In den letzten Jahren wurde die währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Gruppe der fünf bzw. sieben größten Industrieländer deutlich intensiviert. Hat das Bemühen um mehr Stabilität auf den Devisenmärkten zu einer Wiederannäherung an ein System fester Wechselkurse geführt? Waren die Konferenzen von New York, Tokio und Paris Stationen auf dem Weg zurück nach Bretton Woods?

Die Ziele und prinzipielle Ausgestaltung einer Weltwährungsordnung sind in Artikel I der Statuten des Internationalen Währungsfonds (IWF)¹ festgelegt, der in zentralen Passagen seit 1945 unverändert geblieben ist. Zusammengefaßt geht es im wirtschaftspolitischen Teil um die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des internationalen Handels, die Förderung und

Aufrechterhaltung hoher Beschäftigungs- und Einkommensniveaus und die Entwicklung des Produktionspotentials in allen Mitgliedstaaten. Aufgaben des IWF im Währungsbereich sind die Förderung der Währungsstabilität, die Aufrechterhaltung geordneter Währungsbeziehungen unter den Mitgliedstaaten und die Vermeidung von Abwertungswettläufen. Für den Fonds als Forum der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit münden die Aufgaben in die zeitliche Verkürzung und Verringerung des Ausmaßes von Zahlungsbilanzungleichgewichten.

Dr. Rolf Alter, 34, ist Referent im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn. Er gibt in dem Aufsatz seine persönliche Meinung wieder.

In Artikel IV des ursprünglichen Abkommens² wurde das System fester Wechselkurse festgelegt; der Paritätswert jeder Währung war in Gold als gemeinsamem Maßstab ausgedrückt. Änderungen waren nur auf Vorschlag des Mitglieds und nach Beratung mit dem IWF möglich. Ausmaß und Häufigkeit der Anpassungen, die trotz des Bestehens „fixer“ Wechselkurse erfolgten, werden allerdings häufig unterschätzt. Zwischen 1948 und 1967 änderten 109 Länder ihre Wechselkurse³, die durchschnittliche Abwertung betrug 48,2%. Mindestens 48 Länder nahmen zwei oder mehr Abwertungen vor.

Zerfall des Bretton-Woods-Systems

Über den Zeitpunkt des Zusammenbruchs des ursprünglichen Bretton-Woods-Systems gibt es unterschiedliche Auffassungen. Obwohl einige EG-Länder zum Floating gegenüber dem Dollar tatsächlich erstmals im März 1973 übergangen, sehen viele den Beginn der Auflösung von Bretton Woods bereits am 15. August 1971, als die USA den IWF über die Aufhebung der Konvertibilität offiziell gehaltener Dollarbestände in Gold informierten. Sicherlich ist es problematisch, den Zerfall der bis dahin geltenden Weltwährungsordnung auf ein Datum zu fixieren, denn diese Vorgänge waren die Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklungen, die nach 1967 durch zunehmende Inflationsraten, Stagflation und Energieprobleme gekennzeichnet waren.

Als Reaktion auf die zu Beginn der 70er Jahre auftretenden Währungskrisen kam es im IWF zu intensiven Bemühungen um eine Neugestaltung des Weltwährungssystems. Am 26. Juli 1972 wurde der sogenannte „Zwanziger-Ausschuß“ gegründet, in dem Vertreter der Ländergruppen über ein reformiertes internationales Währungssystem beraten sollten. Während der folgenden zwei Jahre wurden alle möglichen, auch technischen Aspekte diskutiert; bald zeichnete sich jedoch ab, daß die Bemühungen fehlschlagen würden, obwohl oder vielleicht gerade weil die internationalen wirtschaftlichen Turbulenzen – nicht zuletzt infolge der ersten Ölkrise – sich ständig verstärkten.

Im Januar 1974 gab der Zwanziger-Ausschuß in Rom seinen Auftrag unerledigt zurück; es hatte sich die Auffassung durchgesetzt, daß auf diese Weise kein geschlossenes neues System zu erreichen sei; statt dessen sollte sich aus den bestehenden länder- und ländergruppenspezifischen Währungsvereinbarungen ein „System“ entwickeln. Von einer Lösung konnte damit nicht die Rede sein.

Am 12./13. Juni 1974 wurde daher der sogenannte „Interimsausschuß des Gouverneursrats für das Internationale Währungssystem“ gegründet, der als Bera-

tungsgremium die Fragen eines neues Weltwährungssystems diskutieren sollte⁴. Durch die Annahme der sogenannten 2. Ergänzung der IWF-Statuten am 1. April 1978 wurde den Mitgliedstaaten u. a. durch den neu gefaßten Artikel IV die Wahl des Wechselkurssystems freigestellt. Zur gleichen Zeit verstärkten die sieben größten Industrieländer ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischem Gebiet durch regelmäßige Gipfeltreffen, beginnend 1975 in Rambouillet bei Paris.

Neue Qualität der Zusammenarbeit

Mit dem Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der fünf größten Industriestaaten im September 1985 in New York trat die engere Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik für eine breitere Öffentlichkeit deutlich in Erscheinung. Mit dem sogenannten „Plaza-Agreement“ wurde zwar „keine grundsätzlich neue Ära der Wechselkurspolitik“⁵ eingeleitet, es ist jedoch sicherlich nicht übertrieben, wenn man von einer neuen Qualität der Zusammenarbeit spricht. Vier Elemente mögen zu ihrer Charakterisierung angeführt werden:

□ *Öffentlichkeitswirksamkeit:* Die Finanzminister suchten explizit die Öffentlichkeit. Durch das Abschluß-Kommuniqué⁶ mußte insbesondere den Finanzmärkten deutlich werden, daß die teilnehmenden Länder die Notwendigkeit und den Willen zu einer engeren Zusammenarbeit in wirtschafts- und währungspolitischen Fragen ankündigten. Es handelte sich um eine in dieser Form bisher nicht praktizierte „Open-mouth“-Politik.

□ *Bewertung der Wechselkurse:* Die Finanzminister äußerten sich zum erstenmal gemeinsam zu der Diskrepanz zwischen makro-ökonomischen Ergebnissen und Wechselkursen. Sie stellten fest, daß die Wechselkurse die ökonomischen Fundamentaldaten besser widerspiegeln sollten; sie hielten eine weitere geordnete Dollarabwertung für wünschenswert, und sie

¹ Vgl. International Monetary Fund: Articles of Agreement, Washington, D.C., 1985.

² Vgl. Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Abkommen über den Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund) und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development) vom 28. Juli 1952, BGBl 1952, Teil II, Nr. 13.

³ Vgl. M. G. de Vries: The IMF in a changing World 1945-1985, Washington, D.C., 1986, S. 57 ff.

⁴ Vgl. International Monetary Fund: Selected Decisions of the International Monetary Fund and Selected Documents, Eleventh Issue, Washington, D.C., 20. April 1985, S. 351 ff.

⁵ H. Tietmeyer: Aktuelle Fragen der europäischen und internationalen Währungspolitik, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Sonderdruck aus 35. Jg., Nr. 3, 1986, S. 240.

⁶ Announcement of the Ministers of Finance and Central Bank Governors of France, Germany, Japan, the United Kingdom and the United States, New York, 22. September 1985, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 62.

stimmten darin überein, daß die Wechselkurse eine Rolle bei der Reduzierung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte spielen sollten⁷. Die seit März des Jahres deutlich gewordene Tendenz zu einer Abwertung des Dollars wurde damit offiziell als richtig angesehen und durch die öffentliche Stellungnahme gefördert. Eine Überschätzung der Verabredung wäre es allerdings, wollte man dem Plaza-Treffen eine auslösende Kraft für die Neubewertung des Dollars zurechnen.

□ *Wirtschaftspolitische Verpflichtungen:* Allen wurde aufgegeben, dem gemeinsamen Zielkatalog Rechnung zu tragen. Die Finanzminister einigten sich auf eine enge Koordination der Wirtschaftspolitik. Den einzelnen Regierungen wurden darüber hinaus bestimmte Aufgaben zugewiesen, die man für den Prozeß des Abbaus der internationalen Ungleichgewichte für erforderlich hielt⁸. Es ging offensichtlich nicht darum, aus den bestehenden Ungleichgewichten Schuldzuweisungen abzuleiten, sondern darum, durch Übernahme bestimmter Verpflichtungen spezielle, an der ökonomischen Situation der einzelnen Länder orientierte Beiträge zu einem besseren Gleichgewicht zu erbringen. Die angestrebte „weiche Landung“ des Dollars konnte nur gelingen, wenn der „wirtschaftliche Hintergrund“ unter Kontrolle blieb.

□ *Bereitschaft zur Intervention:* Zwar tauchte der Begriff der Intervention expressis verbis in dem Kommuniké nicht auf, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde jedoch deutlich⁹. Die währungspolitische Zusammenarbeit in den verbleibenden engeren Bereichen der Wechselkursschwankungen sollte damit glaubhaft untermauert werden.

Bestätigung des neuen Kurses

Auf dem Gipfeltreffen in Tokio, das in diese Reihe einzuordnen ist, obwohl es sich nicht um ein G 5/G 7-Treffen im eigentlichen Sinne handelte, wurde die Zusammenarbeit auch auf währungspolitischem Gebiet weiter bekräftigt. Zwar standen eindeutig die wirtschaftspolitischen Fragen im Vordergrund, was sich insbesondere durch den Hinweis auf die multilaterale Überwachung der Wirtschaftspolitiken durch den IWF und die Anwendung einer begrenzten Zahl von Kriterien ausdrückte.

⁷ Vgl. Announcement . . . , a.a.O., Ziff. 18.

⁸ Vgl. Announcement . . . , a.a.O., Ziff. 17 f.

⁹ Vgl. Announcement . . . , a.a.O., Ziff. 18.

¹⁰ Vgl. Kommuniké des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio – amtliche Übersetzung, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, 1986, Nr. 34, S. 1, Ziff. 7.

¹¹ Vgl. Statement of the Ministers of Finance and Central Bank Governors of Canada, France, Germany, Japan, the United Kingdom and the United States, Paris, 22. Februar 1987, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, 1987, Nr. 15.

Zugleich aber wurde die „Gruppe der fünf Finanzminister“ um Italien und Kanada erweitert für die Fälle, daß „Fragen der Handhabung und der Verbesserung des Weltwährungssystems . . . beraten und verhandelt werden“¹⁰. Damit wurde nicht nur der Kurs der Fünfergruppe bestätigt; mit ihrer Erweiterung zur Siebenergruppe ist wohl auch von einer Intensivierung der eingeschlagenen Wechselkurspolitik auszugehen.

Fortschreibung der bisherigen Ansätze

Nach einem zügig ablaufenden Prozeß der Anpassung der Dollar-DM-Yen-Wechselkursrelationen seit März 1985 kam es im Herbst 1986 zu gewissen Turbulenzen auf den Devisenmärkten. Zwar mußte die Richtung der Anpassung als durchaus in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Länder hinsichtlich der großen Ungleichgewichte angesehen werden; ihr Tempo und Ausmaß riefen jedoch vielfach Besorgnis hervor. Die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaften wurde in großem Maße gefordert. Vor diesem Hintergrund trafen sich die Finanzminister erneut im Februar 1987 in Paris. Nach dem Kommuniké zu urteilen, folgte diese Konferenz dem Plaza-Muster¹¹:

□ Die Öffentlichkeit wurde über die Beratungsergebnisse ausführlich informiert.

□ Die Finanzminister nahmen eine Wertung der Wechselkursrelationen vor: Sie stimmten darin überein, daß die wesentlichen Wechselkursänderungen seit September 1985 verstärkt zu einem Abbau der Ungleichgewichte beitragen würden und die Wechselkurse nunmehr weitgehend den ökonomischen Grunddaten entsprächen; weitere Veränderungen wurden negativ bewertet.

□ Die wirtschaftspolitische Aufgabenverteilung wurde erneut bekräftigt und konkretisiert, Indikatoren zur Beurteilung der Fortschritte der Anpassung als wichtige Elemente der wirtschaftspolitischen Überwachung hervorgehoben.

□ Interventionen wurden vereinbart; die Minister und Gouverneure sprachen sich unter den herrschenden Umständen für eine Stabilisierung auf dem gegenwärtigen Niveau aus.

Während der Tagung des Interimsausschusses in Washington im April 1987 bescheinigten sich die fünf Finanzminister eine erfolgreiche Wechselkurspolitik. Sie entschieden sich dafür, an den gegenwärtigen Kursrelationen festzuhalten und die wirtschaftspolitischen Ansätze zum Abbau der Ungleichgewichte fortzuschreiben.

Zeichnet sich also eine Rückkehr zu einer Wechselkurspolitik à la Bretton Woods ab? An den Zielsetzungen

einer wie auch immer gearteten Währungsordnung hat sich nichts geändert, wie nicht zuletzt die „Beständigkeit“ des Art. I des IWF-Abkommens belegt. Eine Bewertung sollte sich daher vor allem an den vier Elementen orientieren, die mit dem Plaza-Agreement in den Vordergrund getreten sind: Öffentlichkeit, Bewertung der Wechselkurse, wirtschaftspolitische Aufgabenzuweisung und Interventionsbereitschaft.

Die öffentlichkeitsorientierte Form der währungspolitischen Zusammenarbeit kann als eine Reaktion auf die Bedeutung der Kapitalströme für die Wechselkursbildung interpretiert werden, die im Unterschied zur Zeit des Bretton-Wood-Systems den Einfluß der Güterströme erreicht, wenn nicht sogar übertroffen hat. Wegen des Volumens und der extrem großen Beweglichkeit des internationalen Kapitals – dies ist nicht zuletzt eine Konsequenz der weltweiten Liberalisierung der Kapitalmärkte und des Abbaus von Kapitalverkehrsbeschränkungen – werden die spekulativen Transaktionen zu Bestimmungsfaktoren des Trends auf den Devisenmärkten. Eine Informationspolitik, die statt der engen Zirkel der Fachleute mindestens die öffentliche Finanzwelt als Zielgruppe definiert, scheint diesem Umstand Rechnung zu tragen, indem sie den Beteiligten relative Gewißheit über Richtung und Ausmaß der von der Wirtschaftspolitik als wünschenswert angesehenen Wechselkurse gibt. Ob die Fähigkeit zur Umsetzung der verfügbaren Informationen bei den Marktteilnehmern ausreicht, mag in Frage gestellt werden; für die Ablehnung einer „Open-mouth“-Politik wäre jedoch der Nachweis zu führen, daß weniger Information zu mehr Stabilität beiträgt.

Durch die Festlegung fester Relationen jeder Währung zum Gold enthielt das System von Bretton Woods ein Urteil über die „richtigen“ Wechselkurse. Wechselkursstabilität bedeutete aber nicht Rigidität; eher im Gegenteil: eine Anpassung der Wechselkurse wurde immer dann angestrebt, wenn sie für die Korrektur eines grundlegenden Ungleichgewichts in der Zahlungsbilanz der Mitgliedsländer als erforderlich angesehen wurde. Im Grunde entspricht dieser Zielsetzung auch die „neue“ Politik der Bewertung von Wechselkursrelationen: Gerade die Formulierung des Pariser Kommunikationsrelativiert deutlich die Gültigkeit bestehender Wechselkursrelationen, wenn dort vom „gegenwärtigen Niveau“ der Wechselkurse die Rede ist, das unter den „gegenwärtigen Umständen“ zu verteidigen sei. Ein wesentlicher Unterschied zu Bretton Woods besteht allerdings: Diese Wechselkursrelationen sind zuvor durch den – wenn auch abgefederten – „Härtetest“ des Marktes gegangen.

Während im Bretton-Woods-System den Wechselkursen eindeutig instrumentaler Charakter zugemessen wurde, zeigt sich in der neuen Form der Zusammenarbeit die Interdependenz von Wechselkursen und makroökonomischen Bedingungen. Wechselkurse sind einerseits Instrument des Abbaus der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, andererseits aber auch das Ergebnis einer international koordinierten Wirtschaftspolitik. Wechselkurspolitik ist also ein Element einer umfassenden Wirtschaftspolitik, die eine klare Aufgabenverteilung zwischen den Staaten vorsieht und gleiche Ziele verfolgt.

Die Bekräftigung der Interventionsbereitschaft und -fähigkeit steht in der Tradition der alten Wechselkurspolitik. Niemand gibt sich dabei der Illusion hin, dadurch Wechselkurse „gegen den Markt“ verteidigen zu können. Eine solche Einschätzung der „neuen“ alten Politik verbietet sich schon insofern, als das Zusammenspiel von Währungs- und Wirtschaftspolitik integraler Bestandteil der Vereinbarungen von Plaza und Louvre geworden ist.

Wirtschaftspolitische Nachholbedarf

Verfolgt man also die Geschichte der Währungspolitik, so scheint die umfassende Reform des Währungssystems, wie sie zu Anfang der 70er Jahre beabsichtigt war, nicht realisiert, jedenfalls nicht in dem Sinne, daß von einem neuen System im eigentlichen Sinne des Wortes gesprochen werden kann. Statt dessen hat sich eine Form der Zusammenarbeit unter den großen Ländern entwickelt, die sicher nicht den an eine ideale Ordnung zu stellenden Ansprüchen genügt. Es ist aber zu berücksichtigen, daß eine solche Ordnung trotz intensiver Beratungen und Verhandlungen weder in der Gruppe der 20 noch danach realisierbar war – sicherlich auch wegen der Konsequenzen für die nationalen Wirtschaftspolitiken. Zu bedenken ist auch, daß angesichts der rapiden und vielfältigen Änderungen der ökonomischen Bedingungen weltweit weniger die „Starrheit“ eines Systems als vielmehr die Flexibilität einer intensiven Zusammenarbeit gefordert sein dürfte. Die charakteristischen Elemente dieser Zusammenarbeit erscheinen als eine angemessene Antwort darauf, die durchaus im Einklang mit den Grundprinzipien von Bretton Woods steht. Gegen diese Bewertung spricht auch nicht, daß die Schwankungen der Wechselkurse nicht völlig ausgeschaltet werden oder daß die Währungsrelationen (noch) nicht ihr vermeintliches Gleichgewicht gefunden haben. Hier ist nicht die Wechselkurspolitik als „wenig erfolgreich“ zu tadeln; ohne die notwendige Fundierung und Ergänzung der Wechselkurspolitik durch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik würde jede Form

der Zusammenarbeit und damit auch jedes theoretisch noch so saubere Konzept erfolglos bleiben. Und es ist wohl unbestreitbar, daß bei der Erfüllung der eingegangenen wirtschaftspolitischen Verpflichtungen noch einiger Nachholbedarf besteht.

Kritische Fragen

Wenn zu der insgesamt positiven Bewertung der neuen Form der Zusammenarbeit¹² nicht zuletzt auch das Fehlen einer sinnvollen Alternative beiträgt, so bleiben dennoch kritische Fragen:

Ist der Erfolg nicht vor allem davon abhängig, daß

alle Teilnehmer, also auch die USA, bereit sind und bleiben, internationale Verantwortung zu übernehmen?

Ist die vergleichsweise erfolgreiche Zusammenarbeit nicht insbesondere eine Folge der beschränkten Teilnehmerzahl?

Ist es für einen weltweiten Abbau von Ungleichgewichten nicht erforderlich, daß auch Vertreter anderer Währungsräume mitwirken?

¹² Vgl. hierzu auch K. O. P ö h l : Are we moving towards a more stable international monetary order?, Vortrag vor dem American Institute for Contemporary German Studies, Washington, D.C., 7. April 1987, abgedruckt in Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, 1987, Nr. 28.

RENTENVERSICHERUNG

Kinderjahre: ein Vorschlag zur Rentenreform

Wolfram F. Richter, Joachim Weimann, Dortmund

Aufgrund der demographischen Entwicklung kommen auf die Beitragszahler der gesetzlichen Rentenversicherung mittel- bis langfristig erhebliche finanzielle Belastungen zu. Professor Wolfram F. Richter und Dr. Joachim Weimann stellen im folgenden einen Vorschlag zur Diskussion, der auf eine ursachenorientierte Therapie der Schwächen im gegenwärtigen Alterssicherungssystem zielt.

Die Rentenreform und damit die Frage, wie das System der Alterssicherung in der Zukunft aussehen soll, ist seit geraumer Zeit fester Bestandteil der politischen Diskussion. Und dieses Thema wird zum Dauerbrenner werden – dafür sorgt schon die heute absehbare demographische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte: Die Nettoreproduktionsrate beträgt zur Zeit ca. 65%. Mit diesem Schrumpfungsprozeß der Bevölkerung einher geht eine massive Veränderung der Altersstruktur, die die demographische Entwicklung zu einem Problem der gesetzlichen Rentenversicherung werden läßt: Der Rentenlastquotient (Anzahl der Rentempfänger im Verhältnis zur Zahl der Erwerbspersonen),

der gegenwärtig ca. 46% beträgt, wird sich bis zum Jahre 2030 der 90%-Marke genähert haben, d. h., bei unverändertem Rentenrecht kommt dann auf einen Rentempfänger ein Erwerbstätiger, mit dessen Beiträgen im Umlageverfahren die Rentenzahlung finanziert werden muß. Man kann sich leicht ausmalen, welche Auswirkungen eine solche Entwicklung auf die Aufgabenbelastung der Erwerbstätigen haben wird. Wenn es nicht gelingt, das Rentensystem in geeigneter Weise den veränderten Bedingungen anzupassen, ist der Zusammenbruch der gesetzlichen Rentenversicherung keine abwegige Fiktion, sondern eine reale Gefahr.

Reduziert man die Frage der Alterssicherung auf ihren ökonomischen Kern und abstrahiert man zunächst von der Existenz einer kollektiven Altersversorgung, so stellt sich das Problem der Sicherung der Alterseinkünfte als ein individuelles Investitionsproblem heraus: Während der Erwerbsphase müssen durch Konsumverzichts finanzierte Investitionen erfolgen, von deren Erträgen der Lebensunterhalt im Alter bestritten werden kann. Solche Investitionen können entweder in Form ei-

Prof. Dr. Wolfram F. Richter, 38, lehrt Volkswirtschaftslehre II, insbesondere Finanzwissenschaft, am Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Universität Dortmund; Dr. Joachim Weimann, 31, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Institut.